

| | |
|----------------------|----------------|
| Zeichen | 214/2011 |
| Status-Modellierung | intern geprüft |
| Status-Test | eingeplant |
| Status Testgenerator | eingeplant |
| Umsetzung | J |

Hinweismnachricht für die Mitteilung von möglichen Unrichtigkeiten im Melderegister

Problemstellung

Hinweismnachrichten: Gemäß § 4a Melderechtsrahmengesetz müssen Empfänger von Meldedaten der Meldebehörde Hinweise auf unrichtige oder unvollständige Daten im Melderegister mitteilen. Derzeit existieren keine Nachrichten in XMeld, mit dem Empfänger von Meldedaten diese Hinweise elektronisch mitteilen können.

Freitextnachrichten: Auch wenn große Teile der Kommunikation in XMeld über prozessspezifische strukturierte Nachrichten abgebildet werden, besteht weiterhin das Erfordernis, dass die beteiligten Kommunikationspartner mittels der Freitextnachricht 0905 kommunizieren können, um bspw. inhaltliche Fehler in den Nachrichten oder in den Prozessen in einer dem Datenschutz entsprechenden Form klären zu können. Aufgrund der derzeit in der 0905 verwendeten Identifikationsdaten ist diese allerdings nur für eine Verwendung zwischen Meldebehörden geeignet.

Lösung

Hinweismnachrichten: Im Rahmen dieses Änderungsantrages wurden ein Prozess und dazugehörige Nachrichten (im Folgenden Hinweismnachrichten) zur Übermittlung von Hinweisen auf unrichtige oder unvollständige Daten im Melderegister entwickelt.

Die Empfänger von Meldedaten übermitteln die Hinweise auf unrichtige oder unvollständige Meldedaten in semistrukturierter Form, sodass eine Auswertung in der Meldebehörde in den meisten Fällen IT-unterstützt erfolgen kann. Nach Abschluss der Prüfung durch die Meldebehörde, erhält der Sender der Hinweismnachricht eine Auskunft darüber, ob die von ihm mitgeteilte Unrichtigkeit durch die Prüfung der Meldebehörde bestätigt werden konnte.

Hinweismnachrichten dürfen ausdrücklich keine Prozessnachrichten ersetzen, entsprechend werden externe Datenempfänger auch ausschließlich über bestehende Prozessnachrichten über eventuell aufgrund einer Hinweismnachricht durchgeführte Korrekturen im Melderegister informiert.

Freitextnachrichten: Die Identifikationsdaten zu einem Betroffenen in der Freitextnachricht 0905 wurden erweitert, so dass diese nun auch für einen Freitext-Nachrichtenverkehr zwischen Meldebehörden und BZSt geeignet ist. Auf diese Weise können nun Klärungsprozesse zwischen dem BZSt und den Meldebehörden über OSCI-Transport und XMeld abgewickelt werden.

Im Expertengremium konnte keine Einigkeit in der Frage erzielt werden, ob für die Nachricht 0905 das Kindelement „*Kommunikationshistorie*“ erforderlich ist. Dieses Kindelement identifiziert alle im Rahmen eines Klärungsprozesses verschickten Prozess- und Freitextnachrichten und ermöglicht den Fachverfahren grundsätzlich, den beteiligten Sachbearbeitern die komplette Kommunikationshistorie des Klärungsprozesses anzuzeigen. Mindestens zwei Hersteller von EWO-Verfahren halten den Nutzen einer solchen Kommunikationshistorie für gering und den Aufwand dafür für zu hoch.

Das Expertengremium bittet die der Qualitätssicherungsinstanz am 20. Juni 2012 über die Aufnahme dieses Kindelementes zu entscheiden.

Antragsdetails

Antragsteller: Carsten Hapke

Erfasst am: 25.01.2011

Bezug: Spezifikation 1.8 – diverse Kapitel

Analyse des Änderungsantrags

Das BZSt erlangt durch Hinweise von Bürgern oder der Landesfinanzverwaltung Kenntnis von möglichen Unrichtigkeiten im Melderegister. Zurzeit werden diese Unrichtigkeiten den Meldebehörden außerhalb von XMeld mitgeteilt. Lediglich mögliche Inkonsistenzen zu den Familienverbänden können mit XMeld-Nachricht 0516 mitgeteilt werden.

Die bestehenden XMeld-Freitextnachrichten sind derzeit nicht geeignet, um zwischen Beteiligten

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Zur Verbesserung der Prozesse, insbesondere der Medienbruchfreien Bearbeitung von Vorgängen wird vorgeschlagen eine neue XMeld-Nachricht als Hinweismeldung für folgende Anwendungsfälle zu modellieren:

1. Mitteilung von abweichenden Daten zwischen dem Melderegister und IdNr-DB bzw. den tatsächlichen Gegebenheiten

Folgende Elemente aus den Bruttomeldedaten sollten als neuer Datentyp zusammengefasst werden:

- Name
- Geburt
- Geschlecht
- Anschrift
- Übermittlungssperre
- Religion

Dieser neue Datentyp sollte in der Nachricht 2mal verwendet werden um, einmal die in der IdNr-DB gespeicherten Daten und die bekannt gewordenen abweichenden Daten mitzuteilen. Darüber hinaus soll die Information über die Quelle (Landesfinanzverwaltung, Bürger; BZSt) der Datenabweichung übermittelt werden.

2. Mitteilung einer möglichen abweichenden Zuständigkeit für einen Betroffenen

Mit der Einführung des Verfahrens VIFA (DB der beschränkt Steuerpflichtigen) werden in der IdNr-DB so genannte „Meldemerker“ gespeichert. Diese dienen der Darstellung der für den Datensatz zuständigen Behörde. Hier kann es insbesondere zwischen Landesfinanzverwaltung und Meldebehörde zu abweichenden Auffassungen kommen. Zur Klärung soll in dieser Nachricht der Hinweis auf solche Unstimmigkeiten übermittelt werden.

Für die neue Nachricht wird hier die Verwendung einer neuen Schlüsseltabelle vorgeschlagen die folgende Schlüssel anlog zu den Meldemerkern enthält:

- | | |
|-----------------------|---|
| • Meldebehörde | 0 |
| • Landesfinanzbehörde | 1 |

Darüber hinaus sollte die Nachricht die IdNr/VBM des Betroffenen enthalten und nicht als Sammelnachricht konzipiert werden.

Bewertung

| Bewertungskriterien | | | | | | | | | | Aufwandsschätzung | |
|---------------------|--------|---------------|-----------------|------------------|------------------|----------------|-------------|-------------------|--------|----------------------|--------------|
| Gesetzliche Vorgabe | Fehler | Eindeutigkeit | XÖV-Konformität | Erleichterung MB | Erleichterung AB | XMeld-Prozesse | Wartbarkeit | Fachlicher Aspekt | Detail | Modellierung | 2 |
| | | | | | | | | | | Test | 2 |
| | | | | | | | | | | Hersteller | 2 |
| | | | | | | | | | | Betroffene Dokumente | |
| | | | | | | | | | | Spezifikation | Release I |
| | | | | | | | | | | Has | ---Release J |
| | | | | | | | | | | Verwandte CRs | 2011-202 |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | | |

Bewertet durch: EG Pflege

Bewertet am: 2011-02-10

Umsetzung frühestens 1.11.2012 / 1.5.2013 geplant.

Die Bearbeitung im Rahmen dieses Änderungsantrages muss mit den Arbeiten an CR 2011-202 (Rücksendung von Nachrichten/Hinweinsnachrichten) abgestimmt werden – es soll also auf die allgemeine Anwendbarkeit der zu schaffenden Hinweinsnachricht geachtet werden.

Wartend auf:

| Betrifft | Aktivität | Status Mod | Status Test |
|----------------------------|--|------------|-------------|
| CR | CR stellen für die Prüfung von Nachrichten gemäß § 4a Abs. 1 (vgl. 2011-03-30) | | |
| Spezifikation | Kapitel 16.4.x im Entwurf erarbeiten (vgl. 2011-03-30) | 2011-05-17 | ----- |
| Klärung | Klärung im CAB, wer die Hinweinsnachricht verwenden soll/muss | 2011-09-02 | ----- |
| Spezifikation | Anpassen der Nachricht 0905 (vgl. Bearbeitung vom 2012-01-18) | 2012-02-03 | 2012-04-17 |
| Spezifikation | Beschreibung der Nutzung der „neuen“ 0905 im BZSt-Kapitel (vgl. ToDo 5 aus EG12-01) | 2012-04-04 | 2012-07-17 |
| Spezifikation | Überarbeitung gem. Bearbeitung vom 2012-02-14 | 2012-02-29 | 2012-04-17 |
| Spezifikation | Überarbeitung der Kapitel 19 und 20 gemäß Bearbeitung vom 2012-03-14 | 2012-04-04 | 2012-04-17 |
| Spezifikation | Hinweis auf Kapitel 19 aus Kapitel 7 heraus (vgl. ToDo 01 aus EG12-03) | 2012-04-04 | |
| HA zu Release J für Kap. 7 | Produktivsetzung des Hinweinsnachrichten-Prozesses erfolgt BZSt-seitig erst zum 01.11.2013 | 2012-04-10 | 2012-04-17 |
| HA zu Release J für Kap. 7 | Entsprechend der Bearbeitung vom 2012-04-16 ändern | 2012-04-20 | 2012-05-16 |
| Spezifikation | Spezifikation gemäß Bearbeitung der AG Test von 2012-04-17 überarbeiten | 2012-04-27 | 2012-05-16 |
| ToDo | Textvorschlag für Abschnitt 19.1 erstellen | 2012-04-17 | 2012-05-16 |
| ToDo | Textvorschlag für Kapitel 7 "Verwendung von 4a-Nachricht" erstellen und mit CH abstimmen | 2012-04-19 | 2012-05-16 |

| | | | |
|---------------|--|------------|------------|
| Spezifikation | Einarbeitung der Textvorschläge | 2012-04-27 | 2012-05-16 |
| Spezifikation | Einarbeitung der Punkte gemäß Bearbeitung von 2012-05-07 und 2012-05-08 AG Mod+AG Test | 2012-05-15 | 2012-05-16 |
| QS XMeld | Aufbereitung der Thematik Kommunikationshistorie für die QS-Instanz am 20.06.2012 | 2012-06-20 | |
| Spezifikation | Bearbeitung gemäß interner QS von 2012-05-16 | 2012-05-24 | |
| Spezifikation | Anpassungen gemäß Bearbeitung von EG12-06 durchführen | 2012-06-07 | |

Bearbeitet durch: AG Modellierung

Bearbeitet am: 2011-03-30

Bearbeitungsdauer: 60min

Es wird die Frage aufgeworfen, ob einheitliche Nachrichten für die Übermittlung nach § 4a Abs. 1 genutzt werden sollten. Diese stehen zwar in Kapitel 6.x.2 zur Verfügung, sind aber derzeit nicht produktiv und daher auch seit einiger Zeit nicht mehr gepflegt. Es sollte auch grundsätzlich geprüft werden, ob der in Kapitel 6.x.2 gewählte Ansatz nach heutigem Kenntnisstand sinnvoll ist, ggf. könnte im Rahmen der Prüfung die Kapitel 6.x.2 gestrichen. Dies erfolgt im Rahmen eines neu zu schaffenden CRs.

Zielsetzung

Gemäß § 4a Abs. 3 müssen der Meldebehörde mögliche Unrichtigkeiten des Melderegisters durch Empfänger regelmäßiger Datenübermittlungen angezeigt werden, sofern diesen konkrete Anhaltspunkte für eine Unrichtigkeit vorliegen. Daher sollte es einheitliche Nachrichten in XMeld geben, mit denen alle regelmäßigen Datenempfänger dieser Verpflichtung nachkommen können. Als maximaler Datenumfang dieser Nachricht kommen nur Daten nach § 2 Abs. 1 und 2 MRRG in Frage.

Übersicht über den Ablauf

Für eingehende §4a Abs. 3 Nachrichten besteht auf Seiten des Senders keine Überwachungspflicht und auf Seiten der Meldebehörde die Pflicht, die mitgeteilten Unrichtigkeiten zu prüfen und ggf. das Melderegister fortzuschreiben.

Methode und Modellierungsdetails

Im ersten Schritt wird ein Pattern/Template in 16.4.3. modelliert, das den vollständigen Datenkatalog nach § 2 Abs. 1 und 2 MRRG abbildet. Für die unterschiedlichen Datenempfänger von Daten aus dem Melderegister wird dann in einem zweiten Schritt jeweils eine spezifische §4a Abs. 3 Nachricht erzeugt.

Das Pattern muss für die § 4a Abs.3 Nachrichten den (bekannten) Stand aus dem Melderegister und den abweichenden Stand der sendenden Behörde übermitteln (vgl. 0203). Darüber hinaus muss die Quelle der Abweichung (Angaben durch den Bürger, Angaben durch dritte Behörden) durch die sendende Behörde mitgeteilt werden.

Weitere Arbeiten:

Es wurde ein Aktivitätsdiagramm erstellt, in dem die verschiedenen Auslöser für Mitteilungen nach § 4a Abs. 3 dargestellt sind. Im Rahmen von ToDo 5 aus EG11-04 wird zu dem Thema ein Entwurf für die Kapitel 16.4.1, 16.4.2 und 16.4.3 erarbeitet.

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels**Bearbeitet am: 2011-05-17**

Die Zuarbeiten von Hartmut Kuschnerreit und Carsten Hapke sind als Basis für den neuen Abschnitt „x.4 Hinweismeldungen“ in das Kapitel der Administrativen Nachrichten eingeflossen, erforderliche Anpassungen inkl. roter Anmerkungen wurden dabei eingearbeitet.

In diesem Zusammenhang sind auch zwei neue Modelle erarbeitet worden (je ein UseCase- und ein Prozessmodell-Diagramm). Das bisher nur im Entwurf vorliegende bisherige Prozessmodellldiagramm aus der Bearbeitung vom 2011-03-30 (EG-04) ist entfallen.

Außerdem wurden an anderen Stellen des Kapitels (Abschnitte RtS und Quittung) Anpassungen vorgenommen und rote Anmerkungen eingetragen. (Dies betrifft vor allem die Finalisierung von Release H, da darin die „Hinweismeldungen“ noch nicht enthalten sind.)

Die Versionshistorie wurde fortgeschrieben (auch inkl. roter Hinweise).

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels**Bearbeitet am: 2011-05-30**

Die eingegangenen Änderungshinweise wurden z. T. eingearbeitet. Es gibt Diskussionsbedarf auf EG-08 (zumindest aus den Zuarbeiten von CH, FM und JH).

Das Bild zu den Hinweismeldungen wurde wie auf der Sitzung besprochen angepasst.

Bearbeitet durch: HSH / MM**Bearbeitet am: 2011-04-11**

Nachrichtenart 3 kann derzeit durch Freitext-Nachrichten abgebildet werden. Die Vergabe von Fehlercodes für diese Fälle ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, da zum einen keine abschließende Liste denkbarer Fehler erstellt werden kann und zum anderen ein Bearbeiter – zumindest in bestimmten Fällen – den passenden Fehlercode per Hand aus einer möglicherweise sehr unübersichtlichen Liste auswählen müsste. Dies führt aus der Erfahrung heraus dazu, dass überdurchschnittlich oft der Code 9999 gewählt wird.

Generell wird auf die in OSCI 2.0 spezifizierten Änderungen auf diesem Gebiet hingewiesen, die einige der genannten Anforderungen adressieren.

Bearbeitet durch: AG Modellierung**Bearbeitet am: 2011-06-07**

1. Hinweismeldungen auch von gelegentlichen Meldern und Datenempfängern?

Während der Bearbeitung des CR stellt sich die Frage, ob die Hinweismeldung in XMeld nur von den Behörden und öffentlichen Stellen, die regelmäßig (Anlass bezogen) über XMeld Daten erhalten verwendet werden soll, oder auch von denen, die auf Ersuchen Daten erhalten und der Meldebehörde freiwillig Hinweise übermitteln dürfen.

Dies sollte im Änderungsbeirat im September nochmal geklärt werden (ToDo 05 EG11-08).

2. Prüfung von Hinweisen zur Zuständigkeit der Meldebehörde

Soll eine Nichtzuständigkeitsnachricht von der nicht zuständigen Meldebehörde übermittelt werden? Wird vorher die Zuständigkeit geklärt? (hängt ab von der Bearbeitung des ToDo 06 EG11-08)

3. Reaktion der Meldebehörden auf die Hinweismeldungen

Zudem ist unklar, wie die Meldebehörde reagieren soll, wenn die Hinweise der anderen Behörde richtig sind, aber bereits im Melderegister vollzogen sind. In diesem Fall wird keine

Änderung im Melderegister vollzogen und demnach auch bisher keine Nachricht an die anderen Stellen gesendet. Die Daten laufen in diesem Fall bei der Meldebehörde und der Stelle, die den Hinweis gegeben hat, auseinander.

4. Fälle für die Hinweismeldung

Um zu verhindern, dass mit der Hinweismeldung Sonderfälle, die so gut wie nie auftreten geheilt werden, ist es sinnvoll eine Fallzahlerhebung durch die Experten aus den Meldebehörden (JS, HK, FZ, RW, OS, CM) durchzuführen. Es sollte erhoben werden, wie viele Hinweise derzeit in den Meldebehörden eingehen und welcher Art die Hinweise sind (ToDo 06 EG11-08).

Das BZSt vermutet ein erhöhtes Aufkommen der Hinweismeldungen ab 01.11.2012 (für ELStAM) und ab 2013 (für VIFA).

5. Welche Behörden sollen Hinweise an die Meldebehörden übermitteln?

Die Gruppe stellt fest, dass eine Übermittlung von Hinweisen durch Behörden, die keine Anlaß bezogene Datenlieferung erhalten, nicht viel Sinn macht, wenn davon auszugehen ist, dass die gespeicherten Daten in der Behörde veraltet sind (z. B. bekommt die BA einmal im Jahr Daten von den Meldebehörden). Bei Bestandslieferungen ohne anschließenden Änderungsdienst ist ebenfalls davon auszugehen, dass der Stand im eigenen Register nicht mehr aktuell ist und die Meldebehörde bereits Änderungen vorgenommen hat, die der Behörde nicht mitgeteilt werden müssen. Es muss daher gewährleistet sein, dass sich der Hinweis auf möglichst aktuelle Daten bezieht.

Bearbeitet durch: CAB

Bearbeitet am: 2011-09-02

Im Änderungsbeirat wurde geklärt, ob auch "gelegentliche" Melder wie die GEZ Hinweismeldungen an die Meldebehörden senden sollten. Dies wurde von den Teilnehmern des Änderungsbeirat für die GEZ, öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften und sonstige Stellen, die nicht der öffentlichen Verwaltung angehören abgelehnt.

Bearbeitet durch: Mannheim/JS

Bearbeitet am: 2011-09-08

ToDo 06 EG11-08 Fallzahlerhebung:

"wir gehen von 5 bis 10 Mitteilungen – geschätzt aber eher 5 - per Woche aus. Allerdings nimmt der Schwerpunkt nicht die Anschrift ein, diese Hinweise enden i.d.R in Meldeanfragen. Also eher Querbeet meist Schreibfehler. Ansonsten war man von der Fragestellung eher überrascht und sieht hier nicht wirklich raschen Handlungsbedarf."

Bearbeitet durch: Frankfurt/FZ

Bearbeitet am: 2011-10-07

"Wir haben eine Woche lang die eingehenden Hinweise nach § 4a MRRG gezählt. Hinweise von regelmäßigen Datenempfängern:

- **BVA: 1x Anschrift falsch**
- **Deutsche Rente: 1x Namensschreibweise, 1x Geburtsdatum**
- **BfJ: 9x Namensschreibweise**

- **BZSt (nicht per 0516): 2x Familienstandsdaten**
- **Zusammengefasst: 14 Hinweise, davon 1x falsche Anschrift, 10x Namensschreibweise, 1x Geburtsdatum, 2x Familienstandsdaten**

Weiterhin war uns unklar ob auch die Hinweise von sonstigen öffentlichen Stellen nach § 4a Abs. 3 Satz 2 MRRG gezählt werden sollten, daher haben wir sie vorsorglich mitgezählt. Für uns zählen auch andere Ämter der Frankfurter Stadtverwaltung zu diesen sonstigen öffentlichen Stellen (falls diese nicht mitberücksichtigt werden sollten, haben wir sie separat aufgeführt):

Von sonstigen externen öffentlichen Stellen (z.B. Zollverwaltung, Gerichtskassen, Amtsgerichte, Finanzämter usw.):

- **Insgesamt 80 Hinweise, davon 1x Namensschreibweise und 79x falsche Anschrift**

Von sonstigen internen öffentlichen Stellen der Stadt Frankfurt am Main (z.B. Ausländerbehörde, Sozialverwaltung usw.):

- **Insgesamt 46 Hinweise, davon 3x Namensschreibweise, 1x Geschlecht, 42x falsche Adresse**

Bearbeitet durch: AG Modellierung

Bearbeitet am: 2012-01-18

Es werden drei Alternativen für §4a-Nachrichten diskutiert:

1. Eine „halbstrukturierte“ Nachricht für die Mitteilung von vermuteten Unrichtigkeiten im Melderegister durch andere Behörden (inkl. MB) soll geschaffen werden. Diese enthält zunächst folgende Informationen:
 - Identifikationsdaten für den Betroffenen im Melderegister
 - Strukturierte Daten für häufig mitgeteilte Daten mit Vorher/Nachher-Bild
 - o Anschriften
 - o Namensschreibweise
 - o Familienstand
 - o Geschlecht
 - o Geburtsdaten
 - o Religion
 - o SteuerIdentifikation.Ehegatten
 - o Daten für zugeordnete Kinder
 - Begründung/Nachweise zu Abweichung (Nachweisdaten)
 - Freitextfelder für weitere (seltener vorkommende) Daten

Und wird bei Bedarf (neue Kommunikationspartner, o. Ä.) um weitere strukturiert zu übermittelnde Angaben ergänzt.

2. Eine den DSMeld vollständig abbildende §4a-Nachricht wird in Anlehnung an die 0203 erstellt.
3. Pro Kommunikationsteilnehmer wird eine maßgeschneiderte §4a-Nachricht erstellt.

In der nächsten Befassung im EG wird eine Entscheidung für eine der Alternativen gefällt. Die Nachricht 0905 wird zu einer übergreifend nutzbaren Freitext-Nachricht ausgebaut. Entsprechend werden im ersten Schritt die nötigen Erweiterungen vorgenommen, damit die Meldebehörden Nachfragen zum weiteren Verfahren zu einem Einzelfall an das BZSt richten können. Das Kindelement „*betroffener*“ in der Nachricht 0905 wird um ein Kindelement „*identifikation.mb2bzst*“ ergänzt. Dieses enthält folgende Daten:

- Identifikationsdaten des Betroffenen im BZSt-Bestand: Verwenden von type.identifikation.person und zusätzlich als optionale Elemente vbm, IdNr und Konfliktkennzeichen

Die Nutzung der Freitext-Nachricht in der Kommunikation mit dem BZSt muss in Kapitel 7 beschrieben werden (siehe ToDo 5 aus EG12-01).

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels

Bearbeitet am: 2012-02-03

Nachricht 0905 wurde – wie in der Bearbeitung vom 2012-01-18 vorgeschlagen – angepasst, die Versionshistorie fortgeschrieben.

Die Bearbeitung der Verwendung der Nachricht 0905 im BZSt-Kontext wird von Carsten Hapke bis zum 2012-02-06 der KoSIT zugestellt (siehe auch EG12-01, ToDo 5).

Bearbeitet durch: AG Modellierung

Bearbeitet am: 2012-02-14

1. Nachricht 0905:

In Nachricht 0905 ist eine Anpassung in der Kommentierung des Kindelementes „konfliktkennzeichen“ erforderlich.

2. Umgang mit Hinweismeldungen (inkl. Berücksichtigung § 4a MRRG):

Die Diskussion der verschiedenen Alternativen im Umgang mit Hinweismeldungen führt aus folgenden Gründen zu der Entscheidung, weder Alternative 2 noch Alternative 3 aus der Bearbeitung vom 2012-01-18 umzusetzen:

- **Ablehnung Alternative 2 („§-4a-Nachricht mit vollständiger DSMeld-Abbildung in Anlehnung an 0203“):**
 - Im Rahmen der Bearbeitung dieses CR wurden im Herbst 2011 von Mitgliedern des EG Erfahrungen mit eingegangenen §-4a-relevanten Hinweisen berichtet. Dabei hat sich gezeigt, dass von diesen Hinweisen nur ein Teil des DSMeld-Katalogs betroffen war.
 - Außerdem hat die Diskussion gezeigt, dass eine vollständige DSMeld-Abbildung dazu führen kann, bei jedem zu modellierenden Abweichungspaar genau anzugeben, in welchem Kontext welches Datum zu übermitteln wäre, z. B. „Bei einer §-4a-Meldung von Seiten der DSRV ist das Abweichungspaar XY wie folgt zu füllen.“. Dies erscheint aus heutiger Sicht unnötig aufwändig und auch fehlerträchtig.

Daher entscheidet sich die AG Modellierung gegen die vollständige DSMeld-Abbildung und somit gegen Alternative 2.

- **Ablehnung Alternative 3 („maßgeschneiderte §-4a-Nachricht für jeden Kommunikationsteilnehmer“):** Die Erfahrungen mit OSCI-XMeld zeigen, dass die Schaffung kommunikationspartner-spezifischer Lösungen, die sich eigentlich auf ein und dasselbe Problem beziehen, nicht zielführend sind. Stattdessen ist in der Bearbeitung eines Problems auch genau eine einheitliche Lösung anzustreben.

Daher wird die Schaffung mehrerer maßgeschneiderter §-4a-Nachrichten abgelehnt.

Somit kommt die AG Modellierung zu folgendem Ergebnis:

1. Schaffung einer semi-strukturellen §-4a-Nachricht auf Basis der 1. Alternative aus der Bearbeitung vom 2012-01-18:

- a. Identifikationsdaten für den Betroffenen im Melderegister inkl. Steueridentifikationsdaten (opt.)
 - b. Strukturierte Daten für häufig mitgeteilte Daten mit Gespeichert/Abweichungs-Bild
 - i. Aktuelle Wohnungen
 - ii. Namen (NNP vollumfänglich)
 - iii. Familienstand
 - iv. Geschlecht
 - v. Geburtsdaten
 - vi. Sterbedaten
 - vii. Religion inkl. Beginn und Ende à la Familienstand
 - viii. Partnerdaten inkl. SteuerIdentifikation (LP-IdNr-Daten nicht an BZSt)
 - ix. Daten für zugeordnete Kinder inkl. Steueridentifikation
 - c. Datenfelder für weitere (seltener vorkommende) Daten: n * (Feldname, Gespeichert, Abweichung)
 - d. Begründung/Erläuterung zur Abweichung (Freitext)
2. Erweiterung der Nachricht 0905, damit zwischen Meldebehörden und Empfängern regelmäßiger Datenübermittlungen Informationen zur Klarstellung von Prozessen ausgetauscht werden können, ohne die eigentlichen Prozesse dadurch zu ersetzen:
- a. Das in der Bearbeitung vom 2012-01-18 neu geschaffene Identifikationselement „identifikation.mb2bzst“ wird umbenannt in „identifikation.bzst“, da sowohl bei der DÜ vom BZSt an die MB als auch umgekehrt dieselbe Identifikationsstruktur benötigt wird; Änderung der Kommentierung wie folgt: „Falls Rückfragen von Seiten der Meldebehörde an das BZSt oder vom BZSt an die Meldebehörde gestellt werden, ist diese Struktur verpflichtend zu verwenden.“
 - b. Aufnahme eines optionalen (0..n) Kindelementes „identifikation.nachricht“, welches einen Bezug auf die Kommunikationshistorie bzgl. des zu klärenden Einzelfalls ermöglicht.
 - c. Anpassung in der Kommentierung des Kindelementes „konfliktkennzeichen“ wie folgt: „Sofern eine Anfrage zu einem Konflikt (Nachricht 0503) gestellt werden soll, ist immer auch das Konfliktkennzeichen zu übermitteln.“

In diesem Zusammenhang sind folgende Anpassungen in Kapitel 19 erforderlich:

- 19.2.1: Der Text ist grundsätzlich zu überarbeiten. Es muss aus heutiger Sicht deutlich werden, wozu wir Freitextnachrichten benötigen (sichere Kommunikation, Unterstützung vorhandener Prozesse, die sich in einer „Gordischer Knoten“-Situation befinden und einer Sachbearbeiterklärung bedürfen) – und insbesondere auch, wo sie NICHT zu verwenden sind (kein Ersatz vorhandener Prozesse/Nachrichten!).
- 19.2.2/19.2.3: Hier ist darzustellen, wie die überarbeitete 0905 hilft, einen Prozess abzuschließen, der bisher nur durch eine Sachbearbeiter-Komm. außerhalb OSCI-XMeld fortgeführt werden konnte. Dabei erläutern, dass das klärende „Frage/Antwort-Spiel“ durchaus mehrere 0905 in Folge haben könnte, der eigentliche Prozess aber IMMER durch eine „normale“ OSCI-XMeld-Nachricht terminiert wird. Zur grafischen Unterstützung ist hier ggf. kein klassisches UML-Diagramm sondern eine andere Darstellung erforderlich. Diese sollte sowohl so generisch als auch eindeutig sein, dass in den sie nutzenden Kapiteln (z. B. „Kap. 7 – BZSt“) keine zusätzlichen Hilfsgrafiken / Prozesse mehr erforderlich sind, sondern stattdessen ein Verweis auf diesen Abschnitt ausreicht.
- „19.5 Hinweismeldungen (§ 4a MRRG)“ als neuen Abschnitt aufnehmen (dadurch Verschiebung Versionshistorie auf 19.6):

- 19.5.1: Beschreibung, dass H-Nr. sowohl von anderen Behörden als auch von Meldebehörden geschickt werden können. Der Empfänger ist aber immer eine Meldebehörde. Hier ist auch zu beschreiben, dass eine halb-strukturierte Nachricht zum Einsatz kommt (Details stehen weiter oben in der heutigen Bearbeitung)
- 19.5.2: Ein einfaches UC-Diagramm reicht an dieser Stelle aus; gelb unterlegter Hinweismnachricht-UC zwischen beiden Kommunikationspartnern; auf Seiten der empfangenden Meldebehörde dann (nicht gelb unterlegte) Folgeprozess-UCs
- 19.5.3: keine Detaillierung erforderlich
- 19.5.4: ggf. Datenstrukturen definieren, ergibt sich aus der Definition der Nachricht
- 19.5.5: die neue §-4a-Nachricht

Ggf. ist die das Kapitel Administrative Nachrichten umzubenennen und in Allgemein verbindliche Nachrichten (siehe auch CR 2011/238).

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2012-02-16

Im Rahmen einer internen Diskussion in der KoSIT über die Kapitelstrukturierung allgemein und bezogen auf die beabsichtigte Neuaufnahme einer allgemeinen Hinweismnachricht in Kapitel 19 wurde deutlich, dass es sich bei allen der administrativen Nachrichten (RTS, Quittung, Quittierung, Freitext) tatsächlich um administrative Nachrichten handelt und der Titel des Kapitels 19 nicht geändert werden sollte. Statt dessen sollte die 4a-Nachricht, die eine "fachliche Nachricht" ist, in einem eigenen Kapitel beschrieben werden. Die Änderung der Dokumentation der Nachricht 0905 ist davon unberührt. Weitere Überlegungen zur Umbenennung von Titeln werden innerhalb des CRs 2011/238 bearbeitet und nicht zu Release J sondern im Zusammenhang mit der Neugliederung der Spezifikation.

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels

Bearbeitet am: 2012-02-29

Entsprechend der Bearbeitung vom 14. und 16.02.2012 wurde der Abschnitt zu den Freitext-Nachrichten (19.2.x) überarbeitet sowie ein neues Kapitel zu „Hinweismnachrichten gemäß § 4a MRRG“ aufgenommen.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere Versionshistorien fortgeschrieben.

Bearbeitet durch: AG Mod.

Bearbeitet am: 2012-03-14

Der aktuelle Stand der Bearbeitung wurde von der AG Modellierung diskutiert. Folgende Ergebnisse sind festzuhalten:

1. Kapitel "Administrative Nachrichten" 20.2 (Freitext-Nachrichten)

- **Abschnitt 20.2.1:** Absatz 2 wurde umformuliert in „Mögliche Probleme, die eine Klärung auf Sachbearbeiter-Ebene zwischen verschiedenen Behörden erfordern, können weitestgehend in der OSCI-XMeld-Welt behandelt werden. Damit sind unter anderem folgende Vorteile verbunden: ...<Liste unverändert>“
- **Abschnitt 20.2.3:** Die Diskussion über die Bilder 20-11 und 20-12 auf Seite 814 führt zu der Entscheidung, statt dessen Sequenzdiagramme zu verwenden, wobei Bild 20-12 zu zwei Darstellungen inkl. entsprechender Prozessbeschreibungen führen soll:
 1. 0905-Nachrichten als „Frage/Antwort“-Prozess

2. eine 0905 als Hinweis, z. B. für die Mitteilung „Du hast mir Nachricht XXXX geschickt, ich habe aber in meinem Prozess mit YYYY gerechnet.“

Die 0905er Nachrichten sind dabei (wie bereits jetzt in der Spez. dargestellt) eingebettet in die Standard-Nachrichten.

- **Abschnitt 20.2.5.1:**

1. Der Kommentar zu Nachricht 0905 ist wie folgt zu ergänzen: „Die Nachricht 0905 soll für die Klärung genau eines Einzelfalls und nicht für die Klärung mehrerer verwendet werden. Müssen mehrere Einzelfälle geklärt werden, sind dafür auch jeweils einzelne Nachrichten 0905 zu verwenden.“ Hierzu sei auch auf Änderung 3. zu diesem Abschnitt verwiesen.
2. Im Kindelement „identifikation.bzst“ die beiden optionalen Kindelemente „idnummer“ sowie „vbm“ durch das optionale Kindelement „type.Steueridentifikation“ zu ersetzen.
3. Außerdem ist in derselben Nachricht das Kindelement „identifikation.nachricht“ durch folgende Struktur inkl. entsprechender Beschreibungen zu ersetzen:
 - „kommunikationshistorie“ (0..n) (ggf. noch umbenennen; Kommentar erforderlich, dabei berücksichtigen, dass eine Historie nur dann vorhanden ist, wenn eine/mehrere 0905 verwendet werden, um einen Prozess zum Abschluss zu bringen; der erste Eintrag bezieht sich dann immer auf die letzte Nachricht des unterbrochenen Standard-Prozesses, die weiteren auf die anschließend ausgetauschten 0905er)
 - „identifikation.nachricht“ (1) (Kommentar übernehmen)
 - „technische.einzelidentifikation“ (0..1) (zur Id. eines Einzelfalls, wenn die 0905 als Reaktion auf eine Sammelnachricht geschickt wird)

2. Kapitel 19 "Hinweisnachrichten":

- **Abschnitt 19.1:**

1. Der erste Absatz ist zu ergänzen, damit klar wird, was es mit dem 4a MRRG auf sich hat (ggf. daraus zitieren).
2. Der dritte Absatz ist in 19.5.1 zu verlagern.
3. Neuer dritter Absatz: „Die Meldebehörde ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen und schreibt das Melderegister ggf. fort.“
4. Neuer vierter Absatz: Klarstellung aufnehmen, dass die Datenempfänger eigenständig entscheiden, ob die 4a-Nachricht zur Übermittlung einer vermuteten Unrichtigkeit verwendet wird, oder ob deartige Sachverhalte mit einem Verfahren außerhalb OSCI-XMeld übermittelt werden. In diesem Zusammenhang ist bereits auf den dritten Fall im Prozessmodell zu verweisen. Dieser macht es erforderlich, eine Anpassung der Spezifikation im jeweiligen Fachkapitel vorzunehmen.

- **Abschnitt 19.2:**

1. Umformulierung Textes in „Bei der Übermittlung von vermuteten Unrichtigkeiten mit Hinweisnachrichten kommen als Sender ...“
2. UC-Diagramm: UC umformulieren in „Übermittlungen gemäß § 4a MRRG“

- **Abschnitt 19.3:** Die Diskussion hat zu der Erkenntnis geführt, dass wir nicht nur eine Nachricht 1500 (im Sinne „fire and forget“) benötigen, sondern eine Antwortnachricht 1501 erforderlich ist. Damit informiert die MB den 4a-Sender darüber, ob die 4a-Nachricht unmittelbar zu einer Datenänderung geführt hat oder nicht. Da es aber noch etwas komplexer ist, benötigen wir auch ein Prozessmodell – und da muss in diesen Abschnitt. Folgende vier Fälle sind abzudecken (Metaplan-Entwurf von HW berücksichtigen):

1. Vermutete Unrichtigkeit/Unvollständigkeit nicht bestätigt: 1501, die genau das mitteilt

2. Hinweis korrekt, MR-Änderung durchführen: vermutete Unrichtigkeit mit 1501 bestätigen sowie Standard-Prozesse starten. (Ggf. bekommt der 4a-Sender nur die 1501, nicht aber fortgeschriebene Daten!)
 3. Vermutete Unrichtigkeit/Unvollständigkeit nicht bestätigt UND MR falsch: 1501 zur Bestätigung sowie Standard-Prozesse starten, die nach Änderung des MR anlaufen
 4. Hinweis korrekt, MR-Änderung aber nicht erforderlich, da schon früher vorgenommen worden (und nicht beim 4a-Sender angekommen): 1501-Bestätigung sowie „Spezial“-Nachricht, die den 4a-Sender mit den korrekten Daten versorgt. Wie dieser Spezialfall im Kontext des jeweiligen 4a-Senders übermittelt wird, muss im entsprechenden Kapitel beschrieben werden. Dies kann über eine entsprechende Standardnachricht (z. B. 0502 oder 0504 im BZSt-Kap.) oder über eigens zu entwickelnde Nachrichten erfolgen.
- *Abschnitt 19.4:* ggf. Änderungen vornehmen
 - *Abschnitt 19.5:*
 1. 1500 ändern: Wir setzen bis EG12-04 die 1500 mit Choice um, da nur genau ein Abw.paar übermittelt wird. Dies bedeutet, dass bei drei Abweichungen zu einem Personensatz drei 1500 geschickt werden. Die Verbindung zwischen mehreren 1500ern erfolgt über ein Fallkennzeichen.
 2. Neue Nachricht 1501 aufnehmen mit folgendem Aufbau: Bezug auf vorherige 1500, boolean „melderegister.geändert“ sowie Fallkennzeichen (Ref. auf Nachricht 1500)
 - *Anmerkungen zu Kapitel 19:* Bereits vorliegende Anmerkungen zu Kapitel 19 (derzeit: JH) sind bei der Überarbeitung des Kapitels zu berücksichtigen.
 - **Hinweise zu Schwerpunkten der Diskussion:**
 - Verworfen wurden folgende Überlegungen:
 - Mitteilung des tatsächlichen Standes in der 1501
 - 1500 mit mehr als einem Abweichungspaar
 - 4a-Nachricht nicht in einem eigenen Kontext des 4a-Senders
 - Umgesetzt wurden folgende Punkte
 - 1500 übermittelt genau eine Abweichung (Choice-Entscheidung)
 - 1501 enthält keine Daten
 - 1501 wird in jedem Fall geschickt

3. Kapitel 7 (BZSt):

- Verweis auf 4a-Nachricht (Kap. 19) im BZSt-Kapitel vornehmen (siehe auch ToDo 01 aus EG12-03)
- *HA zu Release J für Kap 7:* Festlegen, dass die Umsetzung BZSt-seitig erst zum 01.11.2013 erfolgt.

Bearbeitet durch: BZSt / CH

Bearbeitet am: 2012-03-23

Zu ToDo 05 aus EG12-01:

7.3.3.2 Verwendung von Freitextnachrichten

Ab dem 01.11.2013 kann, entgegen der bisher üblichen Praxis, die Nachricht **administration.freitext.0905** auch in der Kommunikation mit dem BZSt verwendet werden. Dabei sind die in den Abschnitten ... beschriebenen Bedingungen einzuhalten.

Diese Nachricht dient im BZSt-Kontext ausschließlich zum gegenseitigen Austausch von Informationen zwischen Meldebehörden und BZSt zur Klarstellung von Prozessen in Einzelfällen.

Zu ToDo 01 aus EG12-03:

7.3.17 Verwendung von Hinweismeldungen

Das BZSt übermittelt, sofern konkrete Anhaltspunkte zu unrichtigen oder unvollständigen Daten im Melderegister (§ 4a MRRG) bzw. zu ihm von der Meldebehörde übermittelten Daten (§ 139b Abs.9 AO) vorliegen, ab dem 01.11.2013 Nachrichten **hinweismeldung.4amrrg.1500** an Meldebehörden. Dabei gelten die Bedingungen in Kapitel 19.

Ergibt die Ermittlung des Sachverhaltes durch die Meldebehörde, dass zwar die im Melderegister gespeicherten Daten korrekt sind, jedoch die Daten zum Betroffenen beim BZSt unrichtig oder unvollständig sind, sind dem BZSt zusätzlich zu den Nachrichten1501 dem Sachverhalt entsprechende Prozessnachrichten (z.B.

datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502;

datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504;

datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510 usw.) zu übermitteln.

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels

Bearbeitet am: 2012-04-04

Die Anpassungen in der Spezifikation wurden gemäß der Bearbeitungen vom 2012-03-14 und 2012-03-23 vorgenommen, die betroffenen Versionshistorien entsprechend fortgeschrieben.

Allgemeine Hinweise:

1. In der Bewertung habe ich die Angaben zu (Ziel-) Spezifikation und HAs auf „Release J“ gesetzt. Das darf nicht wieder zurückgenommen oder geändert werden!
2. In der Bearbeitung vom 2012-03-14, 2. Kapitel „Hinweismeldungen“ Abschnitt 19.3 habe ich die Ziffern 3 und 4 in der Reihenfolge getauscht, da dies insbesondere auch für die Erstellung des Aktivitätsdiagramms sinnvoll war.
3. Die HA zu Release J muss noch auf Basis der Zuarbeit von CH (ToDo 1 aus EG12-03, Abschnitt 7.3.3.2) erstellt werden, dabei ist aber vorher noch der offene Passus „*Dabei sind die in den Abschnitten ... beschriebenen Bedingungen einzuhalten.*“ zu klären. (Ich habe eine rote Kennzeichnung in 7.3.3.2 vorgenommen.)
4. Die AG Modellierung ist mit der Bearbeitung des CR 2011-214 noch nicht fertig!

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2012-04-10

Folgender Text wurde in die Handlungsanweisung zu Release J aufgenommen:

"Verwendung von Hinweis- und Freitextnachrichten im BZSt-Kontext

Die Verwendung von Freitextnachrichten sowie der zu XMeld Release J neu eingeführten Hinweismeldung gemäß § 4a MRRG im BZSt-Kontext wird zwar in Kapitel 7 bereits beschrieben, wird jedoch erst ab dem 01.11.2013 verwendet."

Bearbeitet durch: AG Modellierung

Bearbeitet am: 2012-04-16

1. HA zu Release J

- Abweichend zur Definition vom 2012-04-10 muss die HA wie folgt lauten:
"Verwendung von Hinweis- und Freitextnachrichten im BZSt-Kontext

Die Verwendung von Freitextnachrichten 0905 sowie des zu XMeld Release J neu eingeführten Hinweismeldungspaares 1500/1501 gemäß § 4a MRRG im BZSt-Kontext wird zwar in Kapitel 7 bereits beschrieben, jedoch erst ab dem 01.11.2013 verwendet."

2. Spezifikation Kapitel 19

- Allgemein:
 - alle Vorkommen von „4amrrg“ durch „hinweismeldung“ ersetzen . (Betroffen sind vor allem die Datentypen in 19.4., aber auch einige Kommentarstellen.)
- 19.1:
 - MRRG-Zitat wieder entfernen
 - Roten Verweis auf Fall 4 im letzten Absatz ersatzlos streichen
- 19.2:
 - Der zweite Absatz wird durch den neuen Text „Hinweismeldungen dürfen *in keinem Fall* verwendet werden, um vorhandene OSCI-XMeld-Prozesse und – Nachrichten zu ersetzen.“
- 19.3:
 - Ersten Absatz streichen, dafür drei neue Absätze einfügen, in denen das Clusterkonzept der Nachricht 1500 erläutert wird
 - Überarbeitung des letzten Satzes vor der Beschreibung der vier Fälle aus dem Prozessmodell
 - Die vier Fallbeschreibungen werden überarbeitet. Da die Nachricht 1501 um ein zweites Flag („abweichung.bestätigt“) ergänzt wird, ist dessen Ausprägung bei jeder Fallbeschreibung zu berücksichtigen.
 - Im Bild 19-2 wird die Notiz zur Nachricht 1500 umformuliert. Außerdem gibt es jetzt für alle vier 1501-Ausprägungen jeweils eine Nachrichteninstanz.
- 19.4:
 - in allen Datentypen wird „4amrrg“ durch „hinweismeldung“ ersetzt.
 - 19.4.4: Das Kindelement „steueridentifikation“ wird in „steueridentifikation.ehegatte“ umbenannt, der Kommentar komplett überarbeitet (übernommen aus dem Kindelement „steueridentifikation.ehegatte“ des Datentyps „type.bzst.bruttomeldedaten“).
 - 19.4.5: Die Frage zum Kindelement „steueridentifikation“ wird gelöscht; es ist kein Kommentar zu diesem Kindelement erforderlich.
- 19.5:
 - 19.5.1: Die Nachricht wird umbenannt in „hinweismeldung.mitteilung.1500“, der Kommentar verbessert. Das Kindelement „abweichungen“ wird umbenannt in „vermutete.unrichtigkeit“, der Kommentar hierzu vollkommen überarbeitet (unter Berücksichtigung des Cluster-Konzeptes). In der Folge werden Umbenennungen sowie Kommentaranpassungen bei den Cluster-Paaren vorgenommen. Die Beschreibung zum Kindelement „fallkennzeichen“ wird verallgemeinert.
 - 19.5.2: Diskussion über die Problematik, dass mehrere Abweichungen in einem Cluster mitgeteilt werden, aber nicht alle bestätigt werden. Wie soll in diesem Fall die MB mit der 1501 antworten? Ergebnis: Wenn mindestens eine Abweichung in einem Cluster bestätigt werden kann, ist damit die

Unrichtigkeit des gesamten Clusters zu bestätigen. In Nachricht 1501 wird das boole'sche Kindelement „abweichung.bestätigt“ aufgenommen.

3. Spezifikation Kapitel 7.3.3.2

- Der rote Hinweis wurde gestrichen und ein entsprechender Verweis auf Kapitel 20.2 aufgenommen.

Bearbeitet durch: AG Test

Bearbeitet am: 2012-04-17

Qualitätssicherung der Ergebnisse der AG Modellierung

1) Abschnitt 19.1:

Der Abschnitt soll neu formuliert werden. Der Textvorschlag wird durch Stefan Marx und Jessica Heins vorbereitet.

2) Abschnitt 19.3:

- Benennung der XSD-Datei enthält ‚MRRG‘, dies muss noch geändert werden.
- Die "Cluster" entsprechen "Abweichungscontainern". Es sollte statt Cluster das eingeführte Wort ‚Container‘ verwendet werden, statt Cluster-Paar das Wort Abweichungs-Paar.
- Der Klammerzusatz in Überschrift 19.4.1 soll entfernt werden.
- Anmerkung zum Element Identifikation: es fehlt die Klarstellung, dass die Daten nach dem Informationsstand des Datenempfängers einzutragen sind, damit der Empfänger die Person in seinem Bestand identifizieren kann (z. B. Element geschlecht.letzterSTandMR)
- Wie das Element xmeld.anderes.element und dort der element.name zu füllen ist, bleibt unklar. Werden XMeld-Elementnamen verwendet oder DSMeld-Blätter? XMeld Name z. B. wäre nicht eindeutig.
- Der Text der Dokumentation zum Element geschlecht.letzterSTandMR sollte bei allen Elementen verwendet werden
- Xmeld.abweichung.bestätigt sollte heißen xmeld.hinweis.bestätigt. Statt Abweichung sollte durchgängig der Begriff ‚Hinweis‘ verwendet werden.
- Der Text zu Abschnitt 20.2.1: Absatz 2 :
„Mögliche Probleme, die eine Klärung auf Sachbearbeiter-Ebene zwischen verschiedenen Behörden erfordern, können weitestgehend in der OSCI–XMeld-Welt behandelt werden. Damit sind unter anderem folgende Vorteile verbunden: ...<Liste unverändert>“ enthält in der Spezifikation einen Fehler, dort steht ‚behandeln‘ statt behandelt.
- Der Satz „Mögliche Probleme, die eine Klärung auf Sachbearbeiter-Ebene zwischen verschiedenen Behörden erfordern, können weitestgehend in der OSCI–XMeld-Welt behandelt werden.“ Sollte umformuliert werden in:

„Mögliche Probleme, die eine Klärung auf Sachbearbeiter-Ebene zwischen verschiedenen Behörden erfordern, können damit weitgehend in der XMeld-Welt behandelt werden.“

- Bild 20-11: „Der ideale OSCI-XMeld-Prozess“ ändern in „Der Standard OSCI-XMeld-Prozess“
- Im erläuternden Text zu 20-12 sollte geändert werden von „... hierfür OSCI-XMeld-Freitextnachachrichten zu verwenden, siehe Bild ...“ in „... hierfür OSCI-XMeld-Freitextnachachrichten zu verwenden; in Bild ... ist dafür ein Beispiel dargestellt“
Die Worte „hierbei wichtig“ streichen
- Das Beispiel zu Bild 20-13 ist falsch, da statt der 0905 eine Nachricht 0204 zu verwenden ist.
- Die Notwendigkeit einer Kommunikationshistorie erschließt sich nicht, insbesondere wenn unterstellt wird, dass die Fallzahlen eher gering sind. Freitext-Nachrichten werden nicht (immer) im Kontext von Standard-Prozessen ausgetauscht. Daher ist die Referenz auf die letzte Standardnachricht in der Kommunikationshistorie nicht immer möglich.

3) Anpassungen an Kapitel 7

- Abschnitt 7.3.17 sollte verschoben werden nach 7.3.4.3, dabei muss die Abgrenzung zur Nachricht 0516 deutlich werden. (ToDo EG12-04 Nr. ??? SM/JH an CH: „Textvorschlag erstellen und abstimmen“)

Bearbeitet durch: KoSIT/ SM / JH

Bearbeitet am: 2012-04-19

Bearbeitung zu 1) von 2012-04-17 der AG Test:

Hinweisnachrichten.doc enthält den Vorschlag für den Text in Abschnitt 19.1 "Ausgangssituation und Zielsetzung". Aufgrund der vorgeschlagenen Änderungen wurden auch Vorschläge für die Bearbeitung des Abschnitts 19.2 gemacht, die ebenfalls in dem Dokument enthalten sind.

Bearbeitung zu 2) von 2012-04-17 der AG Test:

Folgende Punkte aus Bearbeitung von AG Test sind außerhalb des Dokuments Hinweisnachrichten.doc noch zu berücksichtigen (der Rest der Anmerkungen der AG Test wurde in das Dokument mit aufgenommen):

- Benennung der XSD-Datei enthält ‚MRRG‘, dies muss noch geändert werden.
- Anmerkung zum Element Identifikation: es fehlt die Klarstellung, dass die Daten nach dem Informationsstand des Datenempfängers einzutragen sind, damit der Empfänger die Person in seinem Bestand identifizieren kann (z. B. Element geschlecht.letzterSTandMR)

- Wie das Element `xmeld.anderes.element` und dort der `element.name` zu füllen ist, bleibt unklar. Werden XMeld-Elementnamen verwendet oder DSMeld-Blätter? XMeld Name z. B. wäre nicht eindeutig.

Kapitel 20

- **Der Text zu Abschnitt 20.2.1: Absatz 2 :**
 „Mögliche Probleme, die eine Klärung auf Sachbearbeiter-Ebene zwischen verschiedenen Behörden erfordern, können weitestgehend in der OSCI–XMeld-Welt behandelt werden. Damit sind unter anderem folgende Vorteile verbunden: ...<Liste unverändert>“ enthält in der Spezifikation einen Fehler, dort steht ‚behandeln‘ statt behandelt.
- Der Satz „Mögliche Probleme, die eine Klärung auf Sachbearbeiter-Ebene zwischen verschiedenen Behörden erfordern, können weitestgehend in der OSCI–XMeld-Welt behandelt werden.“ Sollte umformuliert werden in:

„Mögliche Probleme, die eine Klärung auf Sachbearbeiter-Ebene zwischen verschiedenen Behörden erfordern, können damit weitgehend in der XMeld-Welt behandelt werden.“
- Bild 20-11: „Der ideale OSCI-XMeld-Prozess“ ändern in „Der Standard OSCI-XMeld-Prozess“
- Im erläuternden Text zu 20-12 sollte geändert werden von „... hierfür OSCI-XMeld-Freitextnachrichten zu verwenden, siehe Bild ...“ in „... hierfür OSCI-XMeld-Freitextnachrichten zu verwenden; in Bild ... ist dafür ein Beispiel dargestellt“
 Die Worte „hierbei wichtig“ streichen
- Das Beispiel zu Bild 20-13 ist falsch, da statt der 0905 eine Nachricht 0204 zu verwenden ist.

Bearbeitung zu 3) von 2012-04-17 der AG Test:

Der Textvorschlag zu Kapitel 7 wurde erstellt und an Carsten Hapke gesendet. Die Einarbeitung kann nach Rückmeldung von Carsten erfolgen.

Bearbeitet durch: KoSIT/ JH

Bearbeitet am: 2012-04-20

Der Eintrag in der Handlungsanweisung zu Release J wurde gemäß der Bearbeitung von 2012-04-20 überarbeitet.

Basierend auf den Bearbeitungen der AG Test vom 2012-04-17, der KoSIT (SM und JH) vom 2012-04-18 sowie den Zuarbeiten von JH und CH (Mail) wurden in den Kapitel 7, 19 und 20 Anpassungen vorgenommen.

Der CR muss auf EG12-05 noch einmal in die AG Modellierung.

Abschnitt 7.3.4.3:

Anpassungen im PDF-Dokument

19.1, letzter Absatz neu:

"Hinweisnachrichten dienen ausschließlich dazu, der Meldebehörde Hinweise auf vermutete Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten im Melderegister zu geben. Hinweisnachrichten sind nicht dafür gedacht, Fehler im RtS-Kontext mitzuteilen (siehe Abschnitt 20.1 auf Seite 806 "Das Zurücksenden von Nachrichten") oder bestehende Prozesse zu ersetzen."

19.2 vollständig neu:

"Jede öffentliche Stelle, die Empfängerin von Meldedaten ist, kann Abweichungen zwischen den ihr vorliegenden und den ihr mitgeteilten Meldedaten feststellen. Dies kann im Anschluss an eine Datenübermittlung durch eine Meldebehörde oder aber anderweitige Feststellung der Fall sein. In solchen Fällen kann sie die vermutete Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Meldebehörde mit einer Hinweisnachricht mitteilen (siehe auch [Bild 19-1 auf Seite 792](#)).

Die Meldebehörde prüft diese Hinweise von Amts wegen und korrigiert ggf. ihr Melderegister. Sie hat anschließend immer das Ergebnis der Prüfung an den Absender der Hinweisnachricht mit der entsprechenden Antwortnachricht zu versenden. Unabhängig von dieser Antwortnachricht können weitere Nachrichten folgen, wenn der Hinweis zu einer Veränderung im Melderegister geführt hat. Hinweisnachrichten dürfen in keinem Fall verwendet werden, um vorhandene OSCI-XMeld-Prozesse und -Nachrichten zu ersetzen".

19.3, 1. Fall (Hinweis nicht bestätigt):

*"In der Nachricht **hinweisnachricht.antwort.1501**, die sich auf die vorher empfangene **hinweisnachricht.mitteilung.1500** bezieht, teilt die Meldebehörde dem Sender der Hinweisnachricht mit, dass die Richtigkeit des Hinweises nicht bestätigt wird."*

19.3, 2. Fall (Hinweis bestätigt):

*"Bei der Prüfung auf Seiten der Meldebehörde bestätigt sich die gemeldete Richtigkeit des Hinweises. Mit der Nachricht **hinweisnachricht.antwort.1501** teilt die Meldebehörde dem Sender der Hinweisnachricht mit, dass die Richtigkeit des Hinweises bestätigt werden kann."*

19.3, nach den beiden Fällen (die anderen beiden Fälle sind obsolet):

*"Falls das Melderegister im Rahmen der Prüfung der Hinweisnachricht korrigiert wird, werden Änderungen über Standard-Prozesse ausgelöst, die auch zu OSCI-XMeld-Nachrichten führen können. Es ist aber nicht gesagt, dass in diesem Zusammenhang – außer der bereits verschickten Nachricht **hinweisnachricht.antwort.1501** – noch eine weitere Nachricht an den Sender der Hinweisnachricht übermittelt wird.*

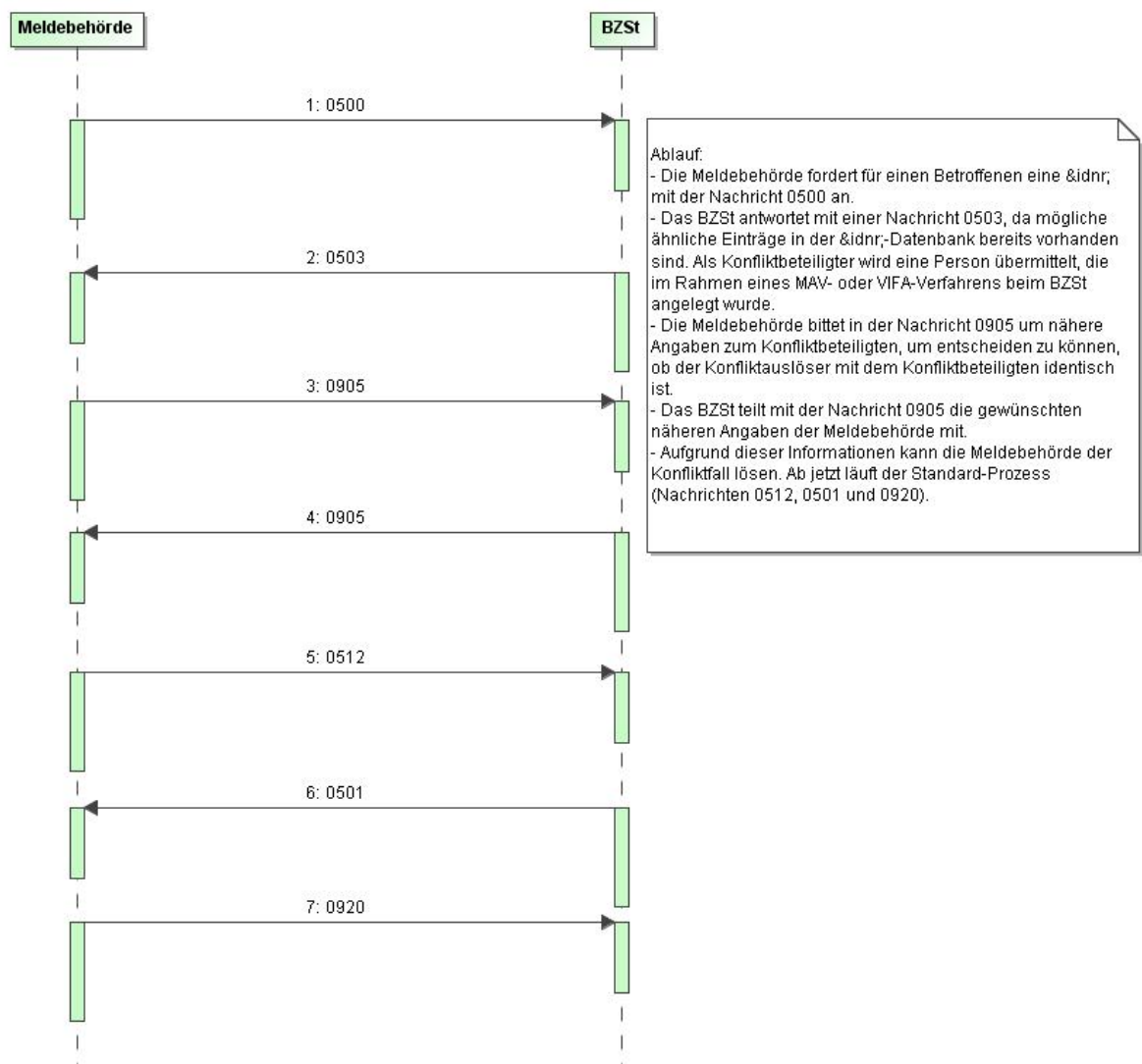
Falls sich im Rahmen der Prüfung der Hinweisnachricht zeigt, dass der Sender der Hinweisnachricht nicht den aktuellen Stand des Melderegisters hatte (die mitgeteilte Unrichtigkeit war bereits im Melderegister enthalten), muss zur Übermittlung der fehlenden Informationen die entsprechende Prozessnachricht ausgelöst werden. Details dazu finden sich in diesen Fällen im jeweiligen Fachkapitel, z. B. Abschnitt 7.3.4.3, 2. Absatz."

19.4.1 und 19.4.2 Identifikationstyp für Hinweismeldungen:

Im Rahmen dieses CRs ist noch zu überprüfen, ob nicht als Basistyp der Typ „type.identifikation.person“ verwendet werden kann. Allerdings sieht dieser Typ bei Geburt und Geschlecht Pflichtelemente vor. Sofern diese Kindelemente leer übermittelt werden dürften, sollte man den Typ nutzen. *** **Input AG Test ausdrücklich gewünscht** ***

Abschnitt 20.2:

- Kleinere red. Änderungen direkt im PDF
- neues Prozessmodell inkl. Beschreibung zu Bild 20-13:



- Zur Kommunikationshistorie in 0905-Nachrichten: Auch nach Abstimmung mit der AG Test im Plenum der Sitzung EG12-04 hält es die AG Modellierung weiterhin für erforderlich, auf die komplette Kommunikationshistorie Bezug nehmen zu können und nicht nur auf die unmittelbar vorhergehende Nachricht. Insofern bleibt die Kardinalität für das Kindelement kommunikationshistorie bei „0..n“.

F.11:

Beide Bezüge auf § 4a MRRG löschen

Allgemeine Hinweise:

- Falls die in einer Nachricht 1500 übermittelten Identifikationsdaten nicht zur Identifizierung einer Person führen, bricht der automatische Prozess ab und eine Klärung muss außerhalb OSCI-XMeld erfolgen. Die AG Modellierung geht davon aus, dass dies nur in wenigen Fällen auftreten wird, da die Datenempfänger mit Daten der Meldebehörde an die Meldebehörde herantreten.

Bearbeitet durch: AG Test

Bearbeitet am: 2012-05-08

QS der überarbeiteten Textvorschläge

19.2 vollständig neu: (Korrektur, siehe Markierung)

"Jede öffentliche Stelle, die Empfängerin von Meldedaten ist, kann Abweichungen zwischen den ihr vorliegenden und den ihr mitgeteilten Meldedaten feststellen. Dies kann im Anschluss an eine Datenübermittlung durch eine Meldebehörde oder aber durch anderweitige Feststellung der Fall sein. In solchen Fällen kann sie die vermutete Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Meldebehörde mit einer Hinweismacht mitteilen (siehe auch Bild 19-1 auf Seite 792). Die Meldebehörde prüft diese Hinweise von Amts wegen und korrigiert ggf. ihr Melderegister. Sie hat anschließend immer das Ergebnis der Prüfung an den Absender der Hinweismacht mit der entsprechenden Antwortnachricht zu versenden. Unabhängig von dieser Antwortnachricht können weitere Nachrichten folgen, wenn der Hinweis zu einer Veränderung im Melderegister geführt hat. Hinweismachten dürfen in keinem Fall verwendet werden, um vorhandene OSCI-XMeld-Prozesse und -Nachrichten zu ersetzen."

19.3, nach den beiden Fällen (die anderen beiden Fälle sind obsolet): (Beispiel am Ende löschen)

"Falls das Melderegister im Rahmen der Prüfung der Hinweismacht korrigiert wird, werden Änderungen über Standard-Prozesse ausgelöst, die auch zu OSCI-XMeld-Nachrichten führen können. Es ist aber nicht gesagt, dass in diesem Zusammenhang – außer der bereits verschickten Nachricht hinweismacht.antwort.1501 – noch eine weitere Nachricht an den Sender der Hinweismacht übermittelt wird. Falls sich im Rahmen der Prüfung der Hinweismacht zeigt, dass der Sender der Hinweismacht nicht den aktuellen Stand des Melderegisters hatte (die mitgeteilte Unrichtigkeit war bereits im Melderegister enthalten), muss zur Übermittlung der fehlenden Informationen die entsprechende Prozessnachricht ausgelöst werden. Details dazu finden sich in diesen Fällen im jeweiligen Fachkapitel z. B. Abschnitt 7.3.4.3, 2. Absatz."

Begründung: Zum Löschen des Beispiels: in Zukunft soll immer aus den fachlichen Kapiteln in den Allgemeinen Teil verwiesen werden. Anders herum nicht, da dadurch die Wartung der Spezifikation erschwert wird. Bei Kapitel 19 handelt es sich um einen "allgemein-gültigen" Teil.

Zu 19.4.1 und 19.4.2 Identifikationstyp für Hinweismachten:

Die Anregung wird diskutiert und verworfen, da die Lösung zu einem leeren Element Geburt führen würde; leer übermittelte Pflichtelement (Geburt) nicht gewollt sind

Zur Frage CR zu Identifikation (Basistyp mit Name, Anschrift, Geburt) soll eine Diskussion im Plenum stattfinden.

Element xmeld:melderegister-geändert muss gelöscht werden. Dies steht zwar bereits im PDF-Dokument. Es wird jedoch nicht zur endgültigen internen Qualitätssicherung herangezogen und sollte damit "als Merker" hier aufgeführt werden.

Versionshistorie wurde geprüft und ist in Ordnung.

Zu Kapitel 20:

Die Frage der Kommunikationshistorie sollte in der QS zu XMeld am 20.06.2012 angesprochen werden. Mindestens ein Hersteller hält den Nutzen für gering.

Diskussion im Plenum:

Der erste Satz aus den ‚allgemeinen Hinweisen‘ vom 7.5. sollte in die Spezifikation aufgenommen werden.

Aufnehmen unmittelbar vor Bild 19-2

Nach Diskussion im Plenum: der allgemeine Hinweis sollte nicht in die Spezifikation aufgenommen werden, sondern ist ein Hinweis an die AG Test.

Änderung an Kapitel 7:

7.3.4.3 es soll bei der Formulierung „... Dabei gelten die Bedingungen in **Kapitel** 19.“ (aber als Verweis) bleiben

Status: in Arbeit, danach intern geprüft / eingeplant / eingeplant

Bearbeitet durch: EG W&P**Bearbeitet am: 2012-05-08**

Die Problematik des Hilfskonstruktes für den Identifikationstyp im Hinweinsnachrichten-Kontext wird diskutiert. Dazu werden drei Alternativen erwogen:

- a) Ein neuer Basisdatentyp wird erstellt für alle Identifikationskontexte, welcher nur aus Name, Anschrift und Geburt besteht.
- b) Der vorhandene Typ `type.identifikation.person` wird zu Grunde gelegt und in Kauf genommen, dass das Element `geschlecht` als Pflichtelement Teil der Struktur ist (Kommentar in Prosa "kann leer bleiben").
- c) Im vorhandenen Typ `type.identifikation.person` werden die Elemente `geschlecht` (und `geburt`) optional gemacht. Seiteneffekte an anderen Stellen in Release J, wo der Typ verwendet wird, werden geprüft.

Nach Diskussion wird folgendes beschlossen:

- Um einen weiteren (Hilfs-)Identifikationstyp zu vermeiden, wird Alternative c) gewählt:
 - Kardinalitäten der Kindelemente `geschlecht` und `geburt` des Typs `type.identifikation.person` werden auf „0..1“ geändert
 - Dies wirkt sich unmittelbar auf den davon abgeleiteten Typ `type.identifikation.personanschrift` aus
- Dieser Typ `type.identifikation.personanschrift` wird im Kontext der Hinweinsnachrichten als Basis für die Erweiterung um die (optionalen) Informationen zur Steueridentifikation verwendet.
- Die Verwendungsstellen des Typs `type.identifikation.person` und `type.identifikation.personanschrift` werden bezüglich der Verwendung von Geburt und Geschlecht untersucht. Dabei wird geprüft, ob Geburt und Geschlecht optional sein können.
- Abhängig von der Prüfung wird der Typ angepasst oder ein CR gestellt.

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels**Bearbeitet am: 2012-05-15**

Modell und Spezifikation wurden entsprechend den Bearbeitungen vom 2012-05-07 und 2012-05-08 angepasst. Insbesondere wurde beim Datentyp `type.identifikation.person` (Abschnitt 2.3.4) bei den Kindelementen `geburt` und `geschlecht` die Kardinalitäten von „1“ auf „0..1“ geändert.

Die Versionshistorien wurden fortgeschrieben.

Analyse der Auswirkungen der Änderung der Kardinalitäten von „1“ auf „0..1“ bei den Kindelementen `geburt` und `geschlecht` des Datentyps `type.identifikation.person`:

1. Ich habe die Verwendungsstellen von `type.identifikation.person` sowie dem davon abgeleiteten (und viel häufiger verwendeten) Typ `type.identifikation.personanschrift` daraufhin untersucht, ob die Änderung der Kardinalitäten von „1“ auf „0..1“ bei den Kindelementen `geburt` und `geschlecht`

problematisch sein könnte. Dies scheint grundsätzlich nicht der Fall zu sein. Allerdings sollte die Beschreibung bei den Geburtsdaten des Kindes (Kindelement `geburt/kind`) in Nachricht 0475 (Abschnitt 6.5.2.13) ggf. dahingehend angepasst werden, dass hier die Geburtsdaten des Kindes zwingend übermittelt werden müssen. **Zuvor** ist aber Anmerkung 2 zu entscheiden!

2. Grundsätzlich muss noch einmal diskutiert werden, ob die Kardinalitätsangabe des Kindelementes `geburt` nicht bei „1“ bleiben kann. – Dann könnte die unter 1. angeführte Ergänzung der Beschreibung beim Kindelement `geburt/kind` in Nachricht 0475 (Abschnitt 6.5.2.13) entfallen.)

*** Ein CR ist derzeit nicht erforderlich. Dies sollte aber noch einmal von der AG Test verifiziert werden. ***

Bearbeitet durch: interne QS**Bearbeitet am: 2012-05-16**

Zur Bearbeitung von 2012-05-15:

A) zu 1. und 2. Votum der internen QS: statt Geburt und Geschlecht optional zu machen, soll nur das Geschlecht optional gemacht werden, da Seiteneffekte bei der Angabe des Geburtsdatums gesehen werden

B) Es soll im Rahmen eines CRs noch einmal grundsätzlich über die Struktur von Identifikationsdaten zur Person diskutiert werden.

C) Identifikation.Hinweisnachricht: Abschnitt 19.4.1 wurde geprüft.

D) Abschnitt: 19.2: Umsetzung geprüft

E) Abschnitt 19.3: Verweis auf Beispiel wurde gelöscht.

F) Streichung des Elementes `xmeld:melderegister-geändert` wurde durchgeführt.

G) Dokumentation zu 19.5.2: Nachricht 1501: erster Satz muss geändert werden, da keine Aussage mehr gemacht wird, dazu, ob einer Änderung im Melderegister vorgenommen wurde.

H) Anmerkung JH: Sowohl Bild20-11, Bild 20-12 als auch Bild 20-13 widersprechen der Festlegung, dass in allgemeinen Kapiteln keine Verweise, Beispiele etc. auf Fachkapitel erfolgen sollen, da die Wartbarkeit dadurch erschwert wird.

Bild 20-11 soll weiterhin einen Standardprozess beschreiben.
Bild 20-12 wird gelöscht

Die Teilnehmer der internen QS (außer JH) beschließen, dass im allgemeinen Kapitel "Administrative Nachrichten" die konkreten Beispiele erhalten bleiben sollen.

I) Nach der Bearbeitung ist der CR intern geprüft

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels**Bearbeitet am: 2012-05-24**

Zur internen QS vom 2012-05-16:

A) 2.3.4 `type.identifikation.person` wurde dahingehend angepasst, dass das Kindelement `geburt` wieder verpflichtend ist.

B) CR muss gestellt werden.

G) 19.5.2: Die Dok. der Nachricht 1501 wurde geändert.

H) 20.2: Die Anpassungen wurden vorgenommen.

Zusätzliche Änderungen im Nachgang zur internen QS:

1. 19.5.1: Umbenennung des Kindelementes „anderes.element“ in „anderer.hinweis“

2. Bild 19-2: Verbesserung des zentralen Infokastens sowie Aufnahme einer Raute auf der rechten Seite, da nicht in jedem Fall eine MR-Korrektur stattfindet

Bearbeitet durch: AG Test

Bearbeitet am: 2012-06-05

Erstellung der Testfälle

Status Test: eingeplant / eingeplant

Neue Testfälle werden für das neue Kapitel der Spezifikation benötigt. Ein Testfall könnte eine Adressabweichung darstellen.

Frauke Zecher wird beispielhaft reale Tickets des BZSt bereitstellen. Abweichungen können dem BZSt bekannt sein, aber nicht im Bestand des BZSt gespeichert. Bsp: Familienstand

Melderegister: "vh", Familienstand BZSt "vh" und schriftliche Mitteilung des Finanzamts

Familienstand: "gs".

Die Daten der Tickets dürfen nicht übernommen werden.

Aufwand 6 Stunden insgesamt.

Bearbeitet durch: EG12-06

Bearbeitet am: 2012-06-05

Klärung letzter Punkte zwischen AG Test und AG Modellierung

1) In der Nachricht 1500 wird die Reihenfolge der jeweiligen Kindelemente „X.letzterStandMR“ sowie „X.abweichend“ getauscht, um an dieser Stelle nicht von der Nachricht 0203 abzuweichen.

2) Es ist noch zu prüfen, bei welchem dieser Kindelemente statt Kard. „1“ die Kard. „0..1“ zu verwenden ist, z. B. Tod und Partner.

3) Die Choice-Struktur der Nachricht 1500 wurde gewählt, weil so auch schon für Teilkklärungen Auskunft gegeben werden kann und aus Sicht der Verfahrenshersteller die Verarbeitung von Einzelhinweisen einfacher ist.

Bearbeitet durch: AG Test

Bearbeitet am: 2012-06-06

Testsuite

Testfälle entwerfen, die mehrere Hinweisnachrichten produzieren, Bsp: Hinweis

Familienstand und Hinweis EG. → mehrere Nachrichten aus einem Sachverhalt

Unklar ist noch, ob extra Spalten in den Testfällen benötigt werden um den abweichenden Datenbestand zu dokumentieren, weil z. B. das BZSt den Stand der Meldebehörde hat und Hinweise auf Abweichungen von Dritten dem BZSt bekannt werden (Finanzverwaltung informiert BZSt, BZSt informiert MB).

Benötigt wird eine Spalte Hinweis, die den abweichenden Bestand des Senders dokumentiert,

Wenn die Informationen die im x.abweichend-Element der Nachricht 1500 übermittelt werden, sich als fachlich korrekt erweisen, dann wird in der Nachricht 1501 das Element hinweis.bestatigt mit true übermittelt. Dabei geht es nicht um eine mögliche Abweichung zum Stand des Melderegisters, sondern um die Bestätigung der übermittelten Information.

Spezifikation / An AG Mod:

Klärungsbedarf besteht bei der Frage der Reihenfolge der Nachrichten, ist es bedeutsam, ob die 1501 vor oder nach möglichen Fortschreibungen des Melderegisters übermittelt wird. In der Kommunikation ist nicht geregelt in welcher Reihenfolge die Nachrichten gesendet werden. → Aufnahme eines entsprechenden Hinweises in Kapitel 19.3

Neuer dritter Absatz am Ende von 19.3

Die Reihenfolge der Beantwortung der Hinweismnachricht und der Prozessnachricht ist nicht geregelt.

.

Klarstellung in Abschnitt 19.3

Ist:

„...Falls sich im Rahmen der Prüfung der Hinweismnachricht zeigt, dass der Sender der Hinweismnachricht nicht den aktuellen Stand des Melderegisters hatte (die mitgeteilte Unrichtigkeit war bereits im Melderegister enthalten), muss zur Übermittlung der fehlenden Informationen die entsprechende Prozessnachricht ausgelöst werden. Details dazu finden sich in diesen Fällen im jeweiligen Fachkapitel.“

Soll

„...Falls sich im Rahmen der Prüfung der Hinweismnachricht zeigt, dass der Sender der Hinweismnachricht nicht den aktuellen Stand des Melderegisters hatte (unabhängig davon, ob der Hinweis bestätigt wurde oder nicht), muss zur Übermittlung der fehlenden Informationen die entsprechende Prozessnachricht ausgelöst werden, **sofern eine solche definiert ist**. Details dazu finden sich in diesen Fällen im jeweiligen Fachkapitel.“

s. auch Mitschrift UB aus AG Mod, wg geänderter Reihenfolge der Nachrichten-Elemente StandMR und Hinweis

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2012-06-07

Folgende Punkte wurden vor der Finalisierung umgesetzt:

1) In der Nachricht 1500 wurde die Reihenfolge der jeweiligen Kindelemente „X.letzterStandMR“ sowie „X.abweichend“ getauscht, um an dieser Stelle nicht von der Nachricht 0203 abzuweichen.

2) Es wurde für die Abweichungspaare geprüft, bei welchen Kindelementen Kard. „1“ oder die Kard. „0..1“ zu verwenden ist, (wie oben genannt: z. B. Tod und Partner). Folgende Entscheidung wurde getroffen:

- name: Kardinalität bleibt "1"
- familienstand: Kardinalität bleibt "1"
- geschlecht: bleibt
- geburt: Kardinalität bleibt
- tod: Kardinalität wird geändert "0..1"
- religion: Kardinalität bleibt
- wohnung: bleibt Kard "0..1"
- partner: Kard. muss "0..1" sein
- Kind: Kardinalität bleibt "0..1"

Folgende Punkte wurden ohne Änderung in die Spezifikation eingearbeitet:

Neuer dritter Absatz am Ende von 19.3

Die Reihenfolge der Beantwortung der Hinweismeldung und der Prozessmeldung ist nicht geregelt.

.

Klarstellung in Abschnitt 19.3

Ist:

„...Falls sich im Rahmen der Prüfung der Hinweismeldung zeigt, dass der Sender der Hinweismeldung nicht den aktuellen Stand des Melderegisters hatte (die mitgeteilte Unrichtigkeit war bereits im Melderegister enthalten), muss zur Übermittlung der fehlenden Informationen die entsprechende Prozessmeldung ausgelöst werden. Details dazu finden sich in diesen Fällen im jeweiligen Fachkapitel.“

Soll

„...Falls sich im Rahmen der Prüfung der Hinweismeldung zeigt, dass der Sender der Hinweismeldung nicht den aktuellen Stand des Melderegisters hatte (unabhängig davon, ob der Hinweis bestätigt wurde oder nicht), muss zur Übermittlung der fehlenden Informationen die entsprechende Prozessmeldung ausgelöst werden, **sofern eine solche definiert ist**. Details dazu finden sich in diesen Fällen im jeweiligen Fachkapitel.“

Bearbeitet durch: QS XMeld

Bearbeitet am: 2012-06-20

Die QS-Instanz wurde um Klärung gebeten, ob in der Nachricht 0905 eine Kommunikationshistorie abgebildet werden können soll oder nicht. Hierzu gab es unterschiedliches Meinungsbild im Expertengremium.

Die QS-Instanz hat sich nach längerer Diskussion gegen eine Kommunikationshistorie ausgesprochen. Statt dessen soll der Bezug zu einer vorausgehenden Nachricht angegeben werden können. Das Kindelement wird entsprechend umbenannt.

Der Beschluss der QS-Instanz lautet:

Die QS-Instanz beschließt das Element Kommunikationshistorie in der Nachricht 0905 mit der

Häufigkeit 0..1 zu versehen. D. h. für die Sachbearbeitung beim Nachrichtenempfänger ist der

Bezug auf die vorausgegangene Nachricht ausreichend. Der Name des Kindelementes wird entsprechend geändert.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2012-06-22

Das Kindelement "kommunikationshistorie" wurde aufgrund der Entscheidung der QS-Instanz mit der Häufigkeit 0..1 versehen und in "bezugsnachricht" umbenannt. Die Dokumentation des Elementes wurde entsprechend geändert.

Änderungen geprüft.
korrekt umgesetzt

Status
intern geprüft

Anpassung Testsuite:

Es werden 4 neue Testfälle erstellt für die im Konzept unterschiedenen Varianten. Fachlich werden die BZSt-Beispiele von Frauke verarbeitet (Fälle Familienstand, Datum Eheschließung, IdNr-Ehegatte nicht vorhanden, Zuordnung Kind muss gelöst werden, Religionsaustritt), ggf. unter Absendung einer 0502.

Konzept Testfälle zur Hinweisnachricht

Ideen / Struktur:

- mehrere Nachrichten ergeben sich aus 1 Sachverhalt
(z.B. ledig vs. verheiratet: ergibt Abweichungen hins. FamS und Partner
- Datenspalten im Testfall:

| | | | | |
|---------|---------|-------|--------------|------|
| S Stadt | S Stadt | BZSt | Hinweisgeber | BZSt |
| alpha | beta | alpha | alpha | beta |

1500 wird von BZSt auf Basis Abweichungen BZSt alpha/Hinweisgeber alpha geschickt.

1501 wird einfach so geschickt (da werden keine Datenspalten eingearbeitet).

Flag 1501/hinweis.bestaetigt wird durch Parameter zur Nachricht im Testfall ("bestätigt" / "nicht bestätigt") festgelegt.

S Stadt ändert ggf. sein MR (S Stadt beta).

Falls BZSt eine Änderungsnachricht erhält, wirkt sich das in BZSt beta aus.

Fälle, die auftreten können:

Hinweis wird bestätigt: 1501/hinweis.bestaetigt true

Ich ändere mein MR --> Standardprozesse: normale Änderungsnachrichten,
oft (aber nicht notwendigerweise) auch an

den Hinweisgeber

Ich ändere mein MR nicht (war schon konform) -->

BZST: dafür definierte Prozessnachricht schicken

xy: falls dafür definiert, Prozessnachricht schicken

Hinweis wird nicht bestätigt (Finanzverw lag falsch): 1501/hinweis.bestaetigt false.

Ich ändere mein MR (aufgrund von neuen Erkenntnissen) --> s.o.

Ich ändere mein MR nicht --> s.o.

Status eingeplant / eingeplant